

Vorrang für Zweiräder

Der Arbeitskreis Verkehr und die SPD in Vaterstetten bemühen sich um den Ausbau von Fahrradstraßen in der Gemeinde

Vaterstetten – Wer als Radler im Landkreis Ebersberg unterwegs ist, lebt nicht immer gefährlich. Sicher setzt er sich aber den Gefahren aus, die durch manch rücksichtslose Autofahrer entstehen. Denn ausgewiesene Fahrradstraßen, wie sie beispielsweise die Münchner Radler nutzen können, gibt es hier noch nicht. Monatelang hat der Arbeitskreis Verkehr in Vaterstetten an einem Konzept gearbeitet. Nun soll dort die erste Fahrradstraße im Landkreis entstehen. Damit wolle man die Gesamtsituation für Radfahrer in Vaterstetten verbessern und insbesondere die überörtlichen Fahrradwege besser anbinden, erklärt AK-Mitglied Achim Dallmann.

Die Idee war schon im Herbst vergangenen Jahres im AK Verkehr diskutiert worden. Da es innerorts „ziemlich vollgeparkt sei“ und Fahrradwege einfach enden, müssten viele Radfahrer auf teils stark befahrene Straßen ausweichen. Um das zu verhindern, sollen Fahrradstraßen entstehen. Dafür sollen keine neuen Radwege angelegt oder Fahrradschutzstreifen gekennzeichnet werden, sondern mehrere Teilstrecken in Fahrradstraßen „umgewidmet“ werden, erklärt Dallmann. Am Beginn und Ende jener Strecken, die als Fahrradstraßen vorgesehen sind, sollen Ver-

kehrszeichen mit blauem Kreis und weißem Fahrradsymbol und der Aufschrift „Fahrradstraße“, außerdem der Zusatz „Anlieger frei“ angebracht werden. Die erlaubte Geschwindigkeit würde auf 30 Stundenkilometer begrenzt werden. Radfahrer haben auf solchen Straßen Vorrang, dürfen nebeneinander fahren und Autofahrer müssen sich unterordnen.

Der SPD-Vorschlag im Ausschuss deckt sich mit der Route 1 des Arbeitskreiskonzeptes

„Für uns etwas überraschend“, sagt Dallmann, habe die SPD nun Ende Februar einen eigenen Antrag für eine Fahrradstraße im Straßen- und Verkehrsausschuss eingereicht. Der SPD-Vorschlag, die Strecke von der Beethovenstraße bis zum verkehrsberuhigten Bereich der Finkenstraße als Fahrradstraße auszuweisen, deckt sich mit Route Eins des AK-Konzeptes. Allerdings habe keine Partei von den Plänen der anderen gewusst, versichert Achim Dallmann ebenso wie Josef Mittermeier, SPD-Fraktionschef im Vaterstettener Gemeinderat. Man müsse umdenken, Fahrradfahrer müssten deutlich mehr Rechte bekom-

men, fordert auch der SPD-Gemeinderat. Fahrradstraßen seien „einfach zu realisieren“, es entstünden keine hohen Kosten sagt Mittermeier.

Im Ausschuss wurde nun aber der Antrag auf Betreiben von CSU und Freien Wählern zurückgestellt. Damit „Bewegung in die Sache“ komme, wolle die SPD ihren Antrag erneut stellen, direkt im Gemeinderat, um bald die erste Teilstrecke des Konzeptes realisieren zu können. Bis das Thema auf die Tagesordnung kommt, wird es allerdings Sommer werden.

Übereinstimmung herrscht also zumindest zwischen dem Arbeitskreis und der SPD im Hinblick auf Route eins. Doch das Konzept des AK Verkehr geht viel weiter: Insgesamt sieht es fünf Trassenführungen durch Vaterstetten vor. Man wolle eine möglichst gute Anbindung an die S-Bahnhöfe, Einkaufsmöglichkeiten und Schulzentren schaffen, sagt Dallmann. Derzeit stellt der Arbeitskreis sein Konzept den Fraktionen vor und wirbt dort um Unterstützung. Die Grünen hätten die Vorschläge positiv aufgenommen, so Dallmann, bei der SPD lief man ohnehin „offene Türen ein“. Mit CSU und Freien Wählern sei ein Termin noch im Mai vereinbart. Er wisse, sagt Dallmann, dass die Umsetzung des

Konzeptes Jahre dauern werde. Die erste Route sei aber der erste Schritt, um das Konzept „in Schwung zu bringen“, sagt er.

Manfred Weber, Sachgebietsleiter Tiefbau und Verkehrsrecht im Rathaus, steht den Fahrradstraßen kritisch gegenüber. Das Problem werde dadurch nur in andere Straßen verlagert, die dann mehr Verkehr aufnehmen müssten. Man müsse mit den Anliegern sprechen und mit den Bürgern, die in den nächstgelegenen Straßen wohnen, da diese durch die Fahrradstraßen umso stärker belastet werden könnten. Außerdem müssten Verkehrszählungen vorgenommen werden. Nach seinem derzeitigen Kenntnisstand, sagt Weber, sei der überwiegende Verkehr in der Beethovenstraße nicht der Radverkehr. Das müsse aber der Fall oder zumindest erwartbar sein, dass in einer Straße überwiegend das Rad benutzt werde, nur dann sei es rechtlich möglich, eine Fahrradstraße auszuweisen. Die Gemeinde müsse also erst abwägen und Daten erheben, sonst könnten Klagen von Bürgern erfolgreich sein. Weber glaubt nicht, dass Fahrradstraßen eine Verbesserung der Situation herbeiführen würden. „Wenn die Last auf viele Straßen verteilt ist, ist auch die Last des einzelnen Bürgers kleiner.“

MATTHIAS REINELT